

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

20.5.1932 (No. 116)

Veröffentlichung
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshaus
Nr. 253
und 254
Postfach
Karlshaus
Nr. 2515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Verwaltungsrat
G. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Sonntags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 cm Höhe und ein Gebotens Breiter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Die telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Nutzen und Schaden der Gewitter

Der vereinfachte Blitzableiter

Wenn nach langer Dürre die Pflanzenwelt am Verschmachten und der Landwirt oft am Verzweifeln ist, dann ist ein Gewitter noch die einzige Rettung in der großen Not. Die Elektrizität strömt ständig von der Erde aus, sammelt sich in den Wolken und unter Bliz und Donner bricht zuletzt am schwarzenverhangenen Himmel ein gewaltiges Gewitter los. Es raucht ein mächtiger Regen nieder, und bald steht die Natur wieder neubelebt da.

Das Gewitter spendet aber nicht bloß das ersehnte, allbelebende Raß, sondern die feurigen Blitze, welche die Luft durchschneiden, bilden auch salpetersaures und salpêtrigsaures Ammon, wichtige Düngstoffe, welche der Regen mit herabwäscht.

So wohlthätig das Gewitter nun auch ist, so birgt es doch durch seinen Blizschlag auch große Gefahren in sich.

So schlug in Liebolsheim bei Karlsruhe der Bliz im Sommer 1927 an drei Stellen zugleich ein. Es brannten 29 gefüllte Scheunen und 3 Wohnhäuser ab. Der Schaden betrug 800 000 RM., der Schaden 1930 an der Zellulosefabrik Mannheim 2 Millionen! Der jährliche Brandschaden durch zündende Blitze beträgt im Deutschen Reich noch viele Millionen Reichsmark, und schon mancher Landwirt, der durch Blizschlag Entenbarracks, Vieh und Unterkunft verlor, ging daran zugrunde. Eine brennende, mit Vorräten gefüllte Scheune ist bekanntlich auch von der besten Feuerwehre nicht mehr zu retten. Sie bildet bei Wind durch Flugfeuer auch eine große Gefahr für die ganze Ortschaft. Die seitherigen Blitzableiter (2-300 RM.) sind jetzt für den schwermüden Landwirt unerschwinglich teuer. Um sich nun vor großem Schaden zu sichern, schloß man Scheunen und einzelstehende Gebäude durch den so billigen „vereinfachten Blitzableiter“ von Oberbaurat Finckelstein und Professor Ingenieur Ruppel, der sich schon tausendfach bewährt hat. (Staats- und Neubauten erhalten jetzt nur noch den „vereinfachten Blitzableiter“!) Jeder Installateur, ja Schloßler oder Blechner, kann ihn wie folgt leicht und billig herstellen:

Auf dem obersten Teil eines Hauses oder eine Scheune, dem Firs, wird eine Leitung aus verzinktem Bandeisen, 25 Millimeter breit und 2 Millimeter dick, flach auf dem Dach verlegt. Ein Stück des Bandeisens wird am Kamin (wenn vorhanden), jedenfalls aber an den beiden Enden des Daches hochgeführt, so daß es etwa 10 Zentimeter darüber hinausragt. Diese an den gewöhnlichen Einschlagstellen des Blizes angebrachten Stüde bilden die Auffangvorrichtungen und nehmen sicher jeden Blizschlag auf, der von oben kommt. Vom vorderen Firsende aus führt die Leitung vom gleichen Bandeisen längs einer Vorderkante des Daches bis zur Dachrinne. Sie kann direkt auf das Windbrett genagelt werden. Von der Dachrinne leitet das Regenabfallrohr durch seine große Oberfläche den Bliz in ausgezeichneter Weise bis zum Ende des Hofes. An diesem wird das Bandeisen als Umschlingung befestigt. Es führt von hier aus 30 Zentimeter tief in die Erde. Damit der Bliz in die Erde gut abfließen kann, wird ein 30 Zentimeter tiefer Graben, einen Spaten breit, um das halbe Gebäude ausgeworfen, den jeder Landwirt selber herstellen kann. In diesen legt man die Fortsetzung der Eisenleitung. Wenn der Boden gut leitet (Rehm-boden), so genügt die Halbleitung. Ist es aber trockener Sandboden, so macht man eine volle Ringleitung um das ganze Gebäude! Besteht aber ein Gebäude Wasser- oder Gasleitung, so müssen diese unbedingt statt der Ringleitung angeschlossen werden. Letztere wird dann also auch noch gepart! Hat aber gar ein Gebäude statt der Firsziegel ein verzinktes Firsblech, und sind die Windbretter zum Schutz gegen das Faulen mit Blech beschlagen, so sind nur zwischen Firsblech, Windbrettbeschlag, Dachrinne und Wasserleitung bzw. Ringleitung Verbindungen herzustellen, was einfach und billig ist! Auf dem Lande sind die Brände dreimal häufiger als in der Stadt; der größte Teil entsteht durch Blizschlag!

Leider ist erst der fünftägige Teil der landwirtschaftlichen Gebäude mit Blitzableitern versehen; eine große Gefahr besteht also noch. Der Blizschlag sollte daher von jedem Landwirt und von ganzen Gemeinden geprüft und, wo nötig (z. B. bei einzelstehenden, hochliegenden Gebäuden), einheitlich durchgeführt werden! Das ist dann nur eine einmalige Ausgabe für immer. Wenn ein schweres Gewitter heraufzieht, braucht der Landwirt dann nicht banger Sorge zu sein, ob ihm der Bliz mit einem Schlag die Früchte seines sauren Fleißes im Sommer und sein Alles vernichtet!

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 22. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Letzte Nachrichten

Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft

Eine Rundgebung der Bauwirtschaft

WEW, Berlin, 20. Mai. (Tel.) Die Deutsche Gesellschaft für Bauwesen veranstaltete heute in Gemeinschaft mit 35 Verbänden der Architektenschaft, des Baugewerbes, der Baustoffindustrie, des Baunebengewerbes sowie des Baustoffhandels eine Kundgebung unter dem Thema „Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft“.

Das erste Referat hielt der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Geheimrat Regierungsrat Dr. Syrup. Das Darniederliegen des Baugewerbes wurde sich infolge seiner Schlüsselstellung zwangsläufig auf den gesamten deutschen Arbeitsmarkt aus.

Hierauf sprach E. Wilmersmuth, Vorstandsmittglied der Deutschen Bau- und Wohnbank. Er gab nähere Erläuterungen zu den Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten und zu den Institutionen, die Träger für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein könnten. Der Zeitpunkt für die Inangriffnahme eines Arbeitsbeschaffungsprogramms sei jetzt gegeben, da die politischen Entscheidungen im Laufe dieses Sommers fallen müßten, die zu einer Erleichterung der Lage Deutschlands beitragen könnten.

Als letzter Redner forderte Reichstagsabgeordneter Zimmermeister Freidel u. a. Wiedereinführung der freien Bauwirtschaft auf allen Gebieten und wandte sich gegen die Regierbetriebe, soweit sie nicht lebenswichtigen Interessen dienen, und gegen die Schwarzarbeit im Baugewerbe.

Laufanne in französischer Beleuchtung

SWW, Paris, 19. Mai. (Tel.) In einem Telegramm aus Basel weist ein Korrespondent von Gabas unter Berufung auf eine Umfrage in Kreisen des Völkerverbundes und der VVB darauf hin, daß die Laufanner Konferenz, die unter anderen Umständen nur eine Reparationskonferenz hätte sein können, eine viel weitergehende Aufgabe und Verantwortung haben werde. Der Korrespondent entwickelt ein ganzes Programm der Abhilfe, das die Ansichten der von ihm befragten Persönlichkeiten darstellen solle.

Dieses Programm enthält u. a. ein Moratorium für sämtliche politischen Schulden. Um eventuellen amerikanischen Einwänden zu begegnen, müßten die an der Laufanner Konferenz teilnehmenden Staaten unverzüglich, ohne den Ausgang der Abrüstungskonferenz abzuwarten, beschließen, freiwillig sich in ihren Militäransgaben einzuschränken. Um eine Wiederbelebung der Wirtschaft in Europa zu ermöglichen und insbesondere die Wirtschaft der Donauraum vor dem Zusammenbruch zu retten, müßte die Konferenz den Donauraum der französischen Regierung wieder aufnehmen und erweitern und die Schaffung von europäischen Vorzugszöllen beschließen.

Weiter heißt es, daß die Laufanner Konferenz sehr schnell die Abrüstungskonferenz in den Hintergrund drängen dürfte. Eventuelle Ergebnisse der Abrüstungskonferenz seien vom Schicksal der Laufanner Konferenz abhängig. In den interessierten Kreisen halte man die Situation nicht für unheilbar, wenn die Regierungen in Laufanne Entschluß- und Solidaritätsgeist zeigten.

Wirtschaftsreformen in Amerika

Ein Notbillprogramm

WEW, New York, 20. Mai. (Tel.) Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Garner, hat — wie aus Washington gemeldet wird, ein Notbillprogramm eingebracht, das die Emission einer Anleihe für öffentliche Arbeiten in Höhe von 1 Milliarde Dollar vorsieht. Die Anleihe soll durch eine Steuer von 1/2 Cent je Gallon Gasolin amortisiert werden. Ferner soll die Ermächtigung der Reconstruction Finance Co. zur Emission von Obligationen von 2 auf 3 Milliarden und ihre Befugnis der Kreditgewährung erweitert werden.

WEW, New York, 20. Mai. (Tel.) Die heutigen Morgenblätter bringen in großer Aufmachung eine Ankündigung des Gouverneurs des Federal Reserve-Board, Garrison, daß unter dem Vorsitz von Owen Young ein Ausschuß führender Bankiers und Industrieller gebildet worden sei, um ein besseres Zusammenarbeiten der Banken und der Industrie und eine dementsprechende Ausnutzung der Gelder der Federal-Reservebanken herbeizuführen. Dem Komitee gehören die Präsidenten der führenden New-Yorker Großbanken an, ferner der American Telephone and Telegraph Co., der Standard Oil Co. of New Jersey, der General Motors Corp., der American Radiator & Standard Sanitary Corp. sowie der Consolidated Gas Co. of New York.

Amerika hält am Goldstandard fest

Der Gouverneur der Bundesreservebank, Meyer, erklärte vor dem Bankenausschuß des amerikanischen Senats, es bestehe nicht der geringste Zweifel, an der Fähigkeit und der Absicht der Vereinigten Staaten, den Goldstandard aufrechtzuerhalten. Kein Land habe jemals den Goldstandard freiwillig aufgegeben. Kein Land, das die Wechselkurse einer Inflation erlebt habe, werde jemals beschließen, dauernd vom Goldstandard abzugehen. Meyer lehnte offensichtlich die Goldborroughs-Vorlage ab und verteidigte die Politik des Federal-Reserve-Boards.

Wirtschaftliche Umschau

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung — Die Frage der „geldlosen Wirtschaft“ — Die Krise der Bauparkassen

Die Haupt Schwierigkeit der Arbeitsbeschaffung ist die Finanzierung von Vorhaben, durch welche die arbeitslos gewordenen wieder in den Produktionsprozeß hineingebraucht werden sollen. Den verschiedenen Projekten, die durch Geld- und Kreditreformen das notwendige Kapital herbeischaffen wollen, stehen die bekanntlich für Deutschland besonders zu beachtenden währungspolitischen Bedenken gegenüber, jedenfalls sind solche Reformen, soweit sie Inflationsgefahren in sich schließen, abzulehnen. Hier hat der Präsident des Statistischen Reichsamts und Direktor des Instituts für Konjunkturforschungen, Geheimrat Wagemann, bei einer Darlegung seiner bekannten Gedanken über die Schaffung eines Giralgeldes (Bankgeldes) selbst den gleichen Kiegel vorgeschoben, der auch von Reichsbankseite wie von Seiten der Reichsregierung immer wieder als unbedingt notwendig bezeichnet wurde. Es wäre allerdings Inflation — sagte er in einem seiner kürzlichen Vorträge — wenn Einkommen ohne Zusammenhang mit der Produktion gebildet werde. Diese Klippe drohe allen kreditpolitischen Reformen und müsse beachtet werden, wenn auch die Konjunkturpolitik im jetzigen Zeitpunkt, vor allem Kreditpolitik, unter Außerachtlassung aller Währungsexperimente sein müsse. Damit hat Wagemann den Standpunkt des Reichsbankpräsidenten anerkannt, daß sich der Umlauf eines Landes an Zahlungsmitteln dessen Wirtschaftsleistung anzupassen habe, wenn es natürlich auch unmöglich ist, dieses Verhältnis genau zahlenmäßig festzulegen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther hat vor einiger Zeit, wie nun bekannt wird, zu dem Problem der Arbeitsbeschaffung in Briefen an eine Reihe von Ministern Stellung genommen, die er „Gedankengänge zur Prüfung der Frage, ob durch geldlose Wirtschaft hilfswirtschaftliche Maßnahmen möglich sind“, nennt. Diese Darlegungen stellen keine abschließenden Pläne, sondern nur kritische und positive Gedanken zur Frage dar, wie wenigstens teilweise und behelfsmäßig für die jetzige Krisenzeit neben der freien Marktwirtschaft eine geldlose Wirtschaft aufgebaut werden könnte, um die Finanzierung der Beschäftigung der Erwerbslosen und die Zubeharmachung ihrer Arbeitskraft zu erleichtern. Luther spricht dabei ausdrücklich von einer „Hilfswirtschaft“ zur Verteidigung und Ergänzung der Privatwirtschaft, also von einem Hilfsmittel zur Überwindung der das bestehende Wirtschaftssystem bedrohenden Krise, wobei er auf die psychologisch voraussichtlich günstige Wirkung des Selbsthilfsgedankens bei den Erwerbslosen, auf die Stärkung des Vertrauens in das gegenwärtige Wirtschaftssystem und auf die günstige finanzielle Wirkung auf die öffentlichen Finanzen hinweist, wenn es gelänge, eine solche Arbeitsbeschaffung ohne kreditpolitische Experimente bei sparsamster Verwendung des verfügbaren Kapitals auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

Der Reichsbankpräsident denkt dabei vor allem an die Siedlung und deren Verbilligung. Es ist die Frage, wie geeignete, aus dem industriellen Produktionsprozeß ausgeschiedene Arbeitskräfte in der Kleinlandwirtschaft ihren Lebensunterhalt finden können, nachdem es in absehbarer Zeit ausgeschlossen erscheint, daß alle industriellen Arbeitslosen wieder Beschäftigung finden können. Luthers Vorschläge laufen darauf hinaus, möglichst wenig für Material und Löhne in bar auszugeben. Der Aufbau der Siedlungen soll im freiwilligen Arbeitsdienst erfolgen, für die Siedlungsbauteile soll Holz (an dessen vorzugsweise Verwendung gedacht ist) und anderes Material, auch Land von den Gemeinden geldlos geliefert werden, und ihnen dafür höchstens Schuldverschreibungen gegeben werden, jedoch bei diesen Vergütungen auf alle Fälle „Geldähnlichkeit ausgeschlossen“ sein, so daß auch eine Mobilisierung durch die Reichsbank nicht in Betracht komme. Für die Materialherstellung sollen stillgelegte Betriebe, entsprechend einem schon bekanntgewordenen Plan von Professor Lederer, herangezogen werden, in denen Arbeitslose für Arbeitslose produzieren sollen. Diese, so wieder

in Tätigkeit gesetzten Betriebe sollen die darin erzeugten Konsumartikel an die Arbeitslosen ohne Entgelt liefern.

Die in den Betrieben Beschäftigten (und zwar im freiwilligen Arbeitsdienst) sollen bei gemeinsamer Verpflegung und Unterkunft, unter Weiterbezug der Arbeitslosenunterstützung, ohne Lohnanspruch, eventuell unter Gewährung gewisser Vergünstigungen, eingestellt werden. Beim Siedlungsbau ist Ausbildung der in der Landwirtschaft Unerfahrenen vorgezogen. Soweit Vermittel erforderlich werden, wird auf die Prämienanleihe verwiesen. Die Arbeiten sollen unbedingt zusätzlicher Art sein, und was für sie in Geldform zur Verfügung gestellt wird, soll auch in Geldform wieder ausgegeben werden, so daß daraus nicht eine Gefahr für die Privatwirtschaft entstehe, sondern eine Ergänzung und Verteidigung ihres Bestandes und sogar eine bescheidene Belebung erfolge, wenn auch eine direkte Ankurbelung der allgemeinen Wirtschaft aus dieser Hilfswirtschaft zunächst nicht zu erwarten sei.

Der Reichsbankpräsident glaubt, daß derartige Arbeiten, vor allem Siedlungen — wobei auch an die Wiederwendung von öffentlichen Leistungsleistungen (sogenannten Hand- und Spanndienste) gedacht wird —, mit einem minimalen Geldaufwand durchzuführen sein werden. Dabei ist übrigens auch an die vorstädtische Randsiedlung, Meliorations-, Straßen- und Wasserbauarbeiten gedacht. Nach einer Berechnung der Reichsbankverwaltung, die hier als Beispiel angeführt wird, dürften sich unter solchen Bedingungen die Herstellungskosten für eine Kleinsiedlerstätte mit Stall und Scheune von 7600 RM. (Unternehmerkosten) auf 2000 RM. (anzuschaffende Baustoffe und anteilige Fabrikationskosten) ermäßigen, ja, bei einer noch primitiveren Bauart der Baugeldaufwand auf 1000 bis 1500 Reichsmark herabsetzen lassen.

Die Krise des privaten Bauparwesens, das seit einem halben Jahr unter Reichsaufsicht steht, macht nunmehr reichsweite Maßnahmen erforderlich, und es soll durch eine Notverordnung eine besondere Abwicklungsstelle zur Wahrnehmung der Interessen der Bauparwerker der zusammengebrochenen Institute geschaffen werden. Die Vermögenswerte der notleidenden Kassen sollen in einer Aufsichtorganisation verwaltet werden, um ihre Verschleuderung zu vermeiden und die hohen Verwaltungskosten, die an dem Zusammenbruch der kleinen Sparkassen die Mitschuld tragen, zu verringern. In Deutschland gibt es rund 300 Bauparaffen, darunter ganz kleine und unzulänglich, auch betrügerisch aufgebaute Institute. 50 dieser Bauparaffen wurden bereits durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen geprüft und fast alle verboten. Noch viele weitere derartige Institute sind verbotsreif, so daß sich in den Kreisen der Bauparwerker die bisher schon bestehende starke Beunruhigung noch weiter vergrößert hat. Unter Zusammenfassung der bisherigen privaten Hilfsorganisationen ist nun in Berlin eine „Reichszentrale der Bau- und Zweckparwerker Deutschlands“ gegründet worden, die ihrerseits durch Sammlung von Material und Beschaffung des Rechtswegs den Bauparwerkern helfen will.

Der an sich gesunde Zweckgedanke litt einmal darunter, daß weiten Kreisen infolge der zunehmenden Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und des Niedergangs der Verdienste das Bauparwesen immer schwerer wurde, und daß auch viele Bauparwerker infolge eines recht begründeten Misstrauens in einzelne Institute nun in den Zahlungstreit traten. Es hat sich auch herausgestellt, daß die Gründer mancher Bauparaffen beim Aufbau und der Werbung für ihre Institute gewissenlos vorgingen und Bauparwerker annahmen, von denen man von vornherein eigentlich wissen mußte, daß sie nicht in der Lage waren, die Zahlungen dauernd zu leisten. Das alles geschah unter Versprechungen von festen Zuteilungsterminen, bei viel zu kurzen Wartezeiten, Zusicherungen von Zwischenkrediten, die man nicht halten konnte. Bei vielen Kassen gehen jetzt die Bauparbeiträge in ganz unzureichendem Maße ein, und die Folge ist, daß keine Zuteilungen mehr erfolgen können und die betreffenden Kassen schließlich ihren Betrieb einstellen mußten. Wie hoch manchmal die Verwaltungskosten sind, das geht daraus hervor, daß bei einer Bauparaffe im Rheinland nicht weniger als 38 Prozent der eingezahlten Sparbeiträge dafür in Anspruch genommen wurden. Manche, in Schwierigkeiten geratene Institute versuchten sich in sogenannten Zweckparaffen (für andere Zwecke) umzuwandeln (Beschaffung von Möbeln, Automobilen usw.), um sich einen weiteren Zufluß von Sparbeiträgen zu sichern. Auch hier ist natürlich größte Vorsicht angebracht.

Die Goethe-Woche in Straßburg ist Donnerstag nachmittags 8 Uhr mit der Ausstellung „Goethe und das Elsaß“ im Rohan-Schloß eröffnet worden. Es folgen Vorträge französischer Professoren über Goethe und am Sonntag, den 22. Mai, nachm. 2 Uhr ist die Goethe-Zentenarfeier in Esensheim, mit Ansprachen des Bürgermeisters Schuster und der Professoren Spendle und Hill von der Straßburger Universität, mit musikalischen Darbietungen in der Kirche und auf dem Platz da.

Frankreich hat Geld! Nachdem der Gemeinderat von Mülhausen (Elsaß) vor einigen Wochen beschlossen hatte, das Stadttheater aus finanziellen Gründen zu schließen, hat der Staat seinen Zuschuß, der bisher 300 000 Franken betrug, verdoppelt. Daraufhin hat der Gemeinderat seinen Beschluß zurückgenommen und wird nochmals während einer Spielzeit den Versuch machen, das Theater durchzuführen.

Die Arbeiten des Reichskabinetts

Vor der neuen Notverordnung

Das Reichskabinetts hielt am Donnerstag eine 2½stündige Sitzung ab und wird erst heute, Freitag, wieder zusammenkommen. Im Laufe des heutigen Tages finden Chef- und Ressortbesprechungen statt. Die Arbeiten des Reichskabinetts über den Finanzplan für das laufende Jahr und über die Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung sollen am Donnerstag im wesentlichen abgeschlossen worden sein. Die Ressorts arbeiten heute die vom Kabinetts gefassten Beschlüsse jetzt in Einzelvorlagen aus. Sobald die Ausarbeitung der Vorlagen im einzelnen beendet ist, wird dem Reichspräsidenten in Neubekanntmachung durch den Staatssekretär Reichner Vortrag gehalten werden. Man nimmt an, daß spätestens Anfang nächster Woche die neuen gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Reichssteuerpolitik, der Gemeindesteuerpolitik und der Arbeitslosenversicherung in Form einer Notverordnung bekanntgegeben werden können.

Aber ihren vorläufigen Inhalt wissen die Blätter zu berichten:

1. In der Arbeitslosenversicherung soll eine Entlastung dadurch eintreten, daß man die Unterhaltungsdauer von 20 auf 18 Wochen verkürzt. Deshalb soll bei der Krisenversicherung, zu der jetzt das Reich vier Fünftel, die Gemeinden ein Fünftel beitragen, eventuell eine Entlastung der Gemeinden erfolgen.

2. Zur Entlastung der Gemeinden kommt in Betracht, die Fortsetzung der Reichszuschüsse für die notleidenden Gemeinden, für die im Vorjahr 230 Mill. Reichsmark aus Reichsmitteln ausgegeben worden sind. Weiterhin kann zu diesem Zweck die Bürgersteuer, deren Einziehung den Gemeinden bis jetzt nur bis 1. Juni gestattet war, für den Rest des Haushaltsjahres verlängert werden. Dagegen fallen die zeitweilig in der Öffentlichkeit erörterten Pläne, den Grundbetrag der Bürgersteuer zu erhöhen, wahrscheinlich fort.

3. Die Krisensteuer, die im Juni vorigen Jahres zunächst bis 31. Dezember dieses Jahres als besondere Notsteuer des Reiches eingeführt worden war, wird verlängert werden. Außerdem wird in dem Punkt Krisensteuer die Ergänzung durch die Besteuerung aller Beschäftigten in Betracht gezogen werden. Bis jetzt sind zum Beispiel die Beamten von der Krisensteuer völlig frei.

Mit diesen Maßnahmen dürfte verbunden sein eine Anpassung der Unterhaltungsätze in den verschiedenen Kategorien der Arbeitslosenunterstützung.

Was wird in Preußen?

Nationalsozialisten und Zentrum

Die Nationalsozialisten beanspruchen als stärkste Partei im Preussischen Landtag den Posten des Landtagspräsidenten. Sie präferieren dafür den Abgeordneten Kerl. Für die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidenten wäre die Mehrheit vorhanden, wenn das Zentrum mit 67 Abgeordneten oder auch die Kommunisten mit 57 Stimmen zu den 162 Nationalsozialisten träten. Ohne die Unterstützung einer dieser beiden Parteien kann aber ein nationalsozialistischer Landtagspräsident keine Mehrheit erlangen, da selbst die Unterstützung der 81 Deutschnationalen, der 7 Volksparteier, der 2 Christlich-sozialen und des einen Deutsch-Hannoveraners nur 208 Stimmen ergeben würde, während die absolute Mehrheit bei 423 Abgeordneten liegt. Die Wahl des Landtagspräsidenten wird daher vom Verlauf der Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum über die Regierungsbildung entscheidend abhängen.

Von Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten ist noch nicht die Rede. Das Zentrum vertritt den Standpunkt, daß die beiden wichtigen Posten des preussischen Ministerpräsidenten und des preussischen Landtagspräsidenten nicht gemeinsam in die Hand einer einzelnen Partei, also vor allem der Nationalsozialisten, gelegt werden dürfen, weil sonst die Entscheidung über die Auflösung des Landtags lediglich von dieser Partei abhängig wäre. Es könne, wie es heißt, infolgedessen, falls ein nationalsozialistischer Landtagspräsident gewählt werde, nicht für einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten eintreten.

Verordnungskreis in Memel?

Der neue Gouverneur über seine Politik

Der neuernannte litauische Gouverneur des Memelgebietes, Gylis, hat einem Zeitungsvertreter erklärt, daß er seine Aufgabe zunächst darin sehe, zwischen den Nationen und den verschiedenen Religionsgemeinschaften des Memelgebietes das beste Einvernehmen herzustellen. Es sei sein ernstestes Bestreben, die Beziehungen des Gebietes zur Zentralregierung innig zu gestalten und alle Kontroversen aus dem Wege zu räumen. Er hoffe, daß man ihm in Memel das unerläßliche Vertrauen entgegenbringe. Die deutsch-litauischen Beziehungen zu verbessern, sei Aufgabe der Regierungen, er wolle aber als Gouverneur alles dazu beitragen, was diesen Bestrebungen förderlich sein könne, denn das Memelgebiet müsse eine Brücke zwischen Deutschland und Litauen sein. Die Wünsche der memeländischen Bevölkerung würden ihm Richtlinien für seine Arbeit sein, solange sie sich im Rahmen der Autonomie bewegten.

Niedererschlagung des Verfahrens

gegen Bedar und Meyer?

Wie aus Romno verlautet, steht die Niedererschlagung des Verfahrens gegen den Reichsdeutschen Bedar und Schulrat Meyer kurz bevor, falls die weiteren Ermittlungen des Untersuchungsrichters keine belastende Momente mehr ergeben, was man für unwahrscheinlich hält. Die Freilassung Bedars und Meyers dürfte nach der Rückkehr des Unterrichtsministers aus Romno, die für morgen oder übermorgen zu erwarten ist, erfolgen.

Die Katastrophe des „Georges Philippart“

84 Vermisste — 683 Gerettete

Wien, 20. Mai. (Tel.) Nach einer Mitteilung des Messageries Maritimes beträgt die endgültige Zahl der Geretteten des Dampfers „Georges Philippart“ 683, so daß sich die Zahl der Vermissten auf 84 belaufen würde. Der ausgebrannte Rumpf des Dampfers ist gestern nachmittags gesunken.

Wien, 20. Mai. (Tel.) Neuter-Telegramme aus Wien und Schibuti, wo die geretteten Passagiere gelandet sind, enthalten erste Anhaltspunkte gegen die Führung des Schiffes. Englische Passagiere erzählten, auf dem Dampfer habe völliger Mangel an Organisation geherrscht. Die Mannschaft habe sich so völlig auf die Bekämpfung der Flammen beschränkt, daß die Passagiere nicht rechtzeitig gemarnet wurden. Infolge überführter Dichtung der Schotten seien viele Passagiere, wie in einer Halle eingesperrt, in den Flammen umgekommen. Die sonst auf großen Schiffen üblichen Probealarme seien niemals betriebsmäßig worden.

Der Evangelisch-soziale Kongress in Karlsruhe

Der Abschluß der Tagung

Der zweite Tag des Kongresses, der Donnerstag, hatte eine sehr starke Beteiligung, die unabweislich auf die zu erwartenden sozialpolitischen Auseinandersetzungen zurückzuführen war. Professor von Bedarath, Bonn, und Frau Dr. Bäumer, Berlin, sprachen — wie gemeldet — zu dem Tagesthema

Wirtschaftsnot und Sozialpolitik

In der Aussprache wies zuerst ein Redner aus dem Saargebiet darauf hin, wie diesem Gebiet 90 Prozent der sozialen Gesehe, die in Deutschland in Geltung sind, vorenthalten werden. Der Redner legte namens der übergroßen Mehrheit der Saarbewohner ein Treuebekenntnis ab. — Geheimrat D. Baumgarten, Kiel, erklärte, eine weitere Senkung der Lohnsätze könne nicht ohne die Gefahr einer Revolution hingenommen werden und Pfarrer Kappes, Karlsruhe, betonte, die unterste Grenze des Existenzminimums sei erreicht. Für die Jungen sprach Universitätsassistent Gees, Göttingen, die Meinung aus, das Soziale sei auf der Tagung gegenüber dem Evangelischen zu sehr in den Vordergrund gerückt worden. Gewerkschaftssekretär Amann, Mannheim, war der Ansicht, die Sozialversicherung habe den Staat vor dem Zusammenbruch bewahrt. Syndikus Häfner, Mannheim, bezeichnete die Sozialpolitik als eines der Fundamente der Wirtschaft, die aber nur von einer gesunden Wirtschaft getragen werden könne.

In den Schlussworten der Referenten sagte Frau Dr. Bäumer, die Evangelische Kirche müsse in ihrer Führung gegenüber den dringenden Lebensproblemen mehr leisten und sich mutiger und aktiver mit in den Kampf stellen, um die uns bedrohende Volksnot. Professor von Bedarath erklärte, äußerste Einschränkung sei nötig, um Wichtiges zu erhalten und die Sozialpolitik könne nur durch den Kriegenapß gebracht werden, wenn für sie für diesen Augenblick kein gemacht werde. Er wäre auch der letzte, der die Sozialversicherung aufgeben wollte. Wir müßten aber durch den Engpaß hindurchgehen und das heißt, sich kein machen. Aus der Gegenwart kämen wir nur heraus durch vorübergehende Rückkehr zum Liberalismus.

Geheimrat D. Titius schloß darauf den Kongress mit dem Ausdruck der Genugtuung über Teilnehmervahl, Höhe und Verlauf der Verhandlungen und unter Abstattung des Dankes an alle um den Kongress verdienten Faktoren und Persönlichkeiten.

Der Nachmittag wurde ausgefüllt durch Besichtigung des Rheinhafens, des Strandbades Nappenvort und der Nahrungsmittelfabrik Sinner AG. in Karlsruhe-Grünwinkel. Für den heutigen Freitag war ein Ausflug ins Alb- und Murgtal mit Besuch des Badenwerks und der Schwarzenbach-Talsperre vorgesehen.

Vor dem Heimflug des „Do X“

Das deutsche Flugboot „Do X“ ist am Donnerstag von Long Island bei New York nach Neufundland geflogen, und zwar nach Nibbo an der Trinityhalbinsel. Es will heute auch Hallywood am Eingang der Conceptionbai anfliegen, von wo der Transoceanflug angetreten werden soll.

Als erstes Ziel des Transoceanfluges ist Horta auf den Azoren in Aussicht genommen. Von Horta soll dann der Kurs nach dem spanischen Hafen Vigo führen. Erst nach dem Eintreffen in Europa dürfte es sich entscheiden, welches das Endziel dieses großen Fluges der „Do X“ sein wird. Jetzt steht bisher nur, daß das Flugboot vorläufig nicht nach seiner Heimat, dem Bodensee, zurückkehrt. Man rechnet vielmehr damit, daß es als erstes deutsches Flugboot vielleicht zunächst Hamburg oder auch Travemünde ansteuert, und es besteht auch die große Wahrscheinlichkeit, daß „Do X“ dann nach Berlin weiterfliegen wird, um der Reichshauptstadt Gelegenheit zu geben, die zwölfmotorige Riesmaschine nach ihren großen Flügen auch einmal zu bewundern. Die endgültige Entscheidung wird aber erst getroffen werden, wenn das Flugboot die europäischen Küsten erreicht hat.

Wien, 20. Mai. (Tel.) Der Start des Do X ist heute vormittag mißlungen, da sich der gestern abend an Bord genommene Betriebsstoff als ungeeignet erwies. Der von den Motoren erforderte besondere Betriebsstoff ist in Hallywood bestellt worden.

Kleine Chronik

Der Berliner Bankier Bernheim, der wegen Devisenvergehens verhaftet worden war und dessen Sojus, Blum, sich das Leben genommen hatte, wurde gegen Kaution von 30 000 Reichsmark aus der Unterjuchungshaft entlassen.

Eine Betrugsaffäre von riesigen Ausmaßen hat der Generalinspektor der französischen Kapitalparagengesellschaft L'Epargne capitalisée in Straßburg, Otto Giese, verübt. Durch betrügerische Vorspiegelungen hatte Giese rund 1800 Personen zum Abschluß von Sparverträgen bewogen. Der Gesamtbetrag der schwindelhaften Sparverträge beläuft sich auf rund hundert Millionen Franken.

Ein Militärflugzeug, das seine Flugübungen über dem Straßburger Bezirk Neudorf ausführte, erlitt eine Motorpanne. Der Flugzeugführer rettete sich mit dem Fallschirm. Das führerlose Flugzeug stürzte in unmittelbarer Nähe einer Volksschule in die verkehrsreiche Aloisiusstraße. Zwei auf der Straße gehende Kinder wurden von dem zerplatzenden Benzintank über und über mit Benzin bespritzt. Wie durch ein Wunder sind schlimmere Folgen verhütet worden.

Am Mittwoch brach im 20. Pariser Stadtbezirk in einer großen Möbelfabrik und einer daneben liegenden Gerätefabrik ein Brand aus, der riesigen Umfang annahm. Fast die gesamte Pariser Feuerwehr ist aufgebodet worden.

Die Pariser Polizei ist einer großen Zollbetrugsaffäre bei der Einfuhr amerikanischer Kraftwagen auf die Spur gekommen.

Durch ein Einsturzungsloch in einem Anden-Tunnel wurden 41 Bergleute eingeschlossen. Sie wurden bereits aufgegeben, doch hofft man immer noch, sie retten zu können.

Vom Teterboro-Flugfeld in New-Jersey ist die amerikanische Fliegerin Putnam nach Harbour Grace abgefliegen. Sie will dort zu einem Alleinflug nach Europa starten.

Bei heftigen Zusammenstößen in Bombay wurden 26 Personen getötet und 95 verletzt.

Zollerhöhung in Polen. Auf eine Verfügung des polnischen Finanzministeriums werden jetzt bei der Verzollung von den Zollbehörden nicht wie bisher 10 Prozent, sondern 20 Prozent des Zollbetrages als Manipulationsgebühr erhoben. Das bedeutet im allgemeinen eine 10prozentige Erhöhung aller Zölle.

Kurze Nachrichten

Deutschnationale und Reichstagsfraktion. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat bei dem Reichspräsidenten erneut die Einberufung des Reichstags zum 24. Mai beantragt, unter gleichzeitiger Mitteilung ihres Schrittes an die übrigen Oppositionsparteien.

Im Braunschweigischen Landtag kam es am Donnerstag bei Beratung des nationalsozialistischen Antrags auf Aufhebung des Verbots der Organisationen der NSDAP zu Lärm- und Tumultszügen. Ein nationalsozialistischer Antrag, wonach das Staatsministerium beim Reichspräsidenten und der Reichsregierung Einspruch gegen das Verbot der Organisation der NSDAP erheben soll, wurde angenommen.

Die Lohn- und Mantelarbeiten im Ruhrbergbau, die am Donnerstag in Essen den ganzen Tag über andauerten, sind schließlich auf den 25. Mai vertagt worden.

Badischer Teil

Die Sommerurlaubskarte

20 Proz. Fahrpreisermäßigung vom 1. Juni bis 15. Oktober, Schnell- und Güterzugzuschläge um 50 Proz. ermäßigt

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft genehmigte, wie schon gemeldet, die Ausgabe von Sommerurlaubskarten mit 20 Proz. Fahrpreisermäßigung. Die Karten werden für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober eingeführt und haben eine Geltungsdauer von zwei Monaten. Die Karte muß sich jedoch auf mindestens 200 Kilometer erstrecken; die Einfahrt muß am ersten Geltungstage, die Rückreise darf nicht vor dem 11. Geltungstage angetreten werden. Vorausgesetzt wird dabei, daß diese Urlaubsfahrten sich auf Reiseziele in Deutschland erstrecken.

Unabhängig von der zeitlich begrenzten Verbilligung der Sommerurlaubskarte genehmigte der Verwaltungsrat ferner eine Senkung der Schnell- und Güterzugzuschläge um 50 Proz., die ab 1. Juni in Kraft tritt. Die Schnellzugzuschläge betragen also nunmehr in den 5 Zonen 1 bis 75 Kilometer: 3. M. 0,50 M., 2. und 1. M. 1 M., 76 bis 150 Kilometer 1 bzw. 2 M., 151 bis 225 Kilometer 1,50 bzw. 3 M., 226 bis 300 Kilometer 2 bzw. 4 M., und über 300 Kilometer 2,50 bzw. 5 M. Bei den Güterzugzuschlägen fällt die bisherige Maßzone (1 bis 35 Kilometer) fort; sie betragen in den gleichen 5 Zonen 3. M. 0,25, 2. M. 0,50 M., 0,50 bzw. 1 M., 0,75 bzw. 1,50 M., 1 bzw. 2 M., und 1,25 bzw. 2,50 M.

Für die Benutzung von FD-Büsen wird statt des bisher einheitlichen Zuschlags von 4 M. sowohl in der 1. wie in der 2. Klasse zukünftig ein Zuschlag von 2 M. bis 300 Kilometer und ein Zuschlag von 3 M. bei Entfernungen über 300 Kilometer erhoben. Für FF-Büge (Rheingoldzug) beträgt dieser Zuschlag 4 M. bis 300 Kilometer, 6 M. über 300 Kilometer.

Eine besondere Art der Fahrpreisermäßigung ist in Baden bzw. in Süddeutschland durch die Einführung der ermäßigten Rundreisekarten ermöglicht worden. Die Benutzung dieser Fahrkarten gestattet auch die Verbilligung für Urlaubs- und Erholungszwecke, deren Entfernung unter 200 Kilometern liegt, im südwestlichen Grenzgebiet durchzuführen.

Die Fertigstellung des Schluchsees

Die Arbeiten an der Staumauer des Schluchsees sind seit einigen Wochen wieder aufgenommen worden, nachdem sie im Laufe des Winters ruhen. Im Laufe des Herbstes war die Staumauer in ihrer ganzen Breite auf eine Höhe von 910 Meter ü. d. M. gebracht worden, so daß im Winter der Aufstieg eine Höhe von 8 Meter über dem normalen Seespiegel erfahren konnte. Die Staumauer ist jetzt noch um etwa 20 Meter zu erhöhen, damit im Spätherbst der Vollbau von Stollen gehen kann. Der Seespiegel wird dann 980 Meter ü. d. M. liegen und dementsprechend auch seine Oberfläche erweitern.

Mit dem Holzbestand und den Häusern im Bereiche des Staugebietes ist nun weiter aufgeräumt worden. In Abau wurden eine Anzahl Bauernhöfe niedergelegt. Die Anwesen haben außerhalb des Staugebietes, an der Straße nach Reinschwand, neue Bauernhäuser erhalten. Das bekannte Gasthaus zum „Auerbach“ kommt fast an den Rand des fünfzig Meter hohen Sees. In seiner Nähe wollen die Gemeinde und die Domänenverwaltung ein modernes Strandbad errichten. Am unteren Teil des Sees sind die beiden altbekannten Gasthöfe Seehof und Seebrod bereits verschunden, die alte Fehnhäuser wird ihnen bald folgen. Der Gasthof zur „Ehemaligen“ kommt bekanntlich noch aus der Blütezeit des ehemaligen Benediktinerklosters St. Blasien. Das Dorf Schluchsee kommt in Zukunft auch ganz an das Seeufer zu liegen, der Teilstau reicht jetzt schon bis an die Nähe des Bahnhofs.

Waldbrandgefahr im Süßbiab

Die Deutsche Gesellschaft für Schadenverhütung e. V., München, Bayerstraße 37/39, teilt mit:

Bei der heranrückenden trockenen Jahreszeit besteht Veranlassung, auf die Waldbrandgefahr besonders hinzuweisen. Waldungen, die von Ausflüglern aufgesucht werden, vor allem solche in Stadtnähe, sind dieser Gefahr am meisten ausgesetzt. Wenn die Frühlingssonne heiß durch die noch vielfach lichten Bäume auf die großen Massen angehäuften dicken Laubes und verrottenen Gräser brennt, liegt die Gefahr eines Waldbrandes besonders nahe. Ein noch glimmendes Streichholz, der Funke einer Zigarre oder eine weggeworfene Zigarette genügen, um eine große Waldfläche in Brand zu setzen. Mit unheimlicher Geschwindigkeit breiten sich die Flammen aus und in den wenigsten Fällen ist es den Urhebern möglich, das Feuer noch einzudämmen. Auf diese Weise fallen alljährlich große Waldbestände sträflichem Leichtsinns und bedauerlicher Rücksichtslosigkeit zum Opfer.

Das zuverlässigste Mittel, Waldbrände zu verhüten, besteht darin, das Anzünden von Feuer zum Abfegen sowie das Rauchen im Walde während der trockenen Jahreszeit zu unterlassen. Jeder einsichtsvolle Wanderer und Ausflügler wird sich gerne dieses kleine Opfer auferlegen. Zu der moralischen Verantwortung, die jeden trifft, der einen Waldbrand verursacht, kommt noch die strafrechtliche Verfolgung sowie die zivilrechtliche Haftung für den angerichteten Schaden! Darum fort mit Feuer im Wald!

Zugung der badischen Justizamtänner. Der Landesverband der badischen Justizamtänner hielt in Mannheim eine Tagung ab, in deren Mittelpunkt ein Vortrag des Geschäftsführers des Bundes Deutscher Justizamtänner, Oberamtsanwalt Starkmann, Berlin, über den Referentenentwurf einer neuen Zivilprozessordnung und über den Rechtsplegerstand sprach. Der Bund Deutscher Justizamtänner sieht in dem Entwurf einen Fortschritt auf dem Wege zur Vereinfachung, Klarstellung und Verbesserung der Rechtsplege. Im übrigen gelangten in der Tagung, zu der das Justizministerium einen Vertreter entsandt hatte, die Reformvorschläge des Landesvereins zum badischen Spargutachten zur Erörterung.

Betriebskonferenz der Deutschen Reichsbahn in Freiburg

Eine Betriebskonferenz der Vertreter aller deutschen Reichsbahndirektionen und der Hauptverwaltung, an der ungefähr 60 Personen teilnehmen, findet in der Zeit vom 19. bis 21. Mai in Freiburg statt. Die Stadt Freiburg selbst hat hierbei allerlei Wünsche vorzutragen, wie die Elektrifizierung der Rheintalbahn und der Höllentalbahn, die direkte Verbindung Freiburg—München, der Umbau des Hauptbahnhofs und die weitgehende Berücksichtigung Freiburgs als Fremdenstadt.

Von der Bad. Landwirtschaftskammer

Koloradofäfer — Butterzoll

Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer befaßte sich dieser Tage in seiner Sitzung unter anderem mit der Gefahr, die der badischen Landwirtschaft, vor allen Dingen dem Kartoffelbau, durch den Koloradofäfer (Kartoffelfäher) droht. Dieser Kartoffelfäher ist bekanntlich vor einigen Jahren nach Frankreich eingeschleppt worden und verbreitete sich dort alljährlich in erschreckender Weise. Ausreichende Bekämpfungsmethoden sind bis heute noch nicht gefunden, zum mindesten verursachen sie derartige Kosten, daß sie praktisch nicht durchführbar sind. Die badische Landwirtschaft hat es deshalb dankbar begrüßt, daß die Reichsregierung durch eine Verordnung die Einfuhr von Wurzelgewächsen und Blattgemüsen aus Frankreich verboten hat. Es muß unbedingt darauf bestanden werden, daß dieses Verbot aufrechterhalten bleibt, da die badische Landwirtschaft als erste durch ihre Grenzlage an Frankreich der Gefahr der Verseuchung mit diesem Schädling ausgesetzt ist. Von französischer Seite ist versucht worden, diese Schutzmaßnahme als eine handelspolitische Maßnahme zur Fernhaltung unerwünschter Einfuhren darzustellen. Davon kann keine Rede sein. Es handelt sich vielmehr um eine Schutzmaßnahme, deren Durchführung gar nicht streng genug gehandhabt werden kann, wenn die große Gefahr von der deutschen Landwirtschaft, insbesondere deren Kartoffelbau, abgehalten werden soll.

Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer beschäftigte sich weiter auch mit den Gerüchten um eine Herabsetzung des erst am 19. Januar d. J. in Kraft getretenen Butterzolls. Nach Pressemeldungen hat der dänische Außenminister das Zusammentreffen mit dem Reichsminister in Genf dazu benutzt, bei ihm wegen der Zollherabsetzung vorstellig zu werden. Vor einer Änderung des Butterzolls kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden, da sich von neuem die gesamte Landwirtschaft der Gefahr des Zusammenbruchs aussetzen würde. Die vielfach im Zusammenhang mit der Butterzollerhöhung erwähnten Vorkommnisse Hollands und Dänemarks können als solche gar nicht angesehen werden, da diese Maßnahmen zu einem ganz großen Leih schon vor der Erhöhung des Butterzolls seitens dieser Länder ergriffen wurden. Der Butterzoll ist bisher die einzige Maßnahme, die von der Reichsregierung zum Schutze der sogenannten bäuerlichen Veredelungsindustrie getroffen wurde.

Landesverband badischer Tabakbauvereine

Am 1. Januar 1932 waren zwei Jahre verfloßen, seitdem der Landesverband badischer Tabakbauvereine ins Leben gerufen wurde. Im Jahre 1902 gründete Direktor Niehm vom Verband landwirtschaftlicher Konjunktionsvereine mit dem Bürgermeister und Ökonomen Sängler aus Diersheim die ersten Tabakbauvereine. Trotz aller Enttäuschungen blieb deren Zahl im Jahre 1908 auf 31 Vereine mit rund 2000 Mitgliedern. Diese brachten etwa 7000 Zentner Tabak zum Verkauf. Die aufstrebende Organisation wurde durch den Kriegsausbruch bald zum Stillstand gebracht und erst nach Wiedereintritt ruhiger, geordneter Verhältnisse gelang es den Bemühungen der Bad. Landwirtschaftskammer, dem Vereinsgebäude wieder neues Leben zu geben. Der heutige Stand in Baden dürfte für alle am deutschen Tabakbau interessierten Kreise achtunggebietend sein.

176 Vereine mit rund 6700 Mitgliedern ist das Ergebnis verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftskammer, Tabakplanzern und mit Handel und Industrie. Durch fortgesetzte Aufklärung haben sich die Vereinstabate in Baden bei Handel und Industrie einen recht guten Klang erworben. Eine der vornehmsten Förderungsmaßnahmen, die besonders in den Anbauvorschriften mit an erster Stelle genannt wird, ist der Frühfang. Es kann heute schon mit großer Befriedigung festgestellt werden, daß sich ein Großteil der Vereinsmitglieder mit der Anzucht der Seglinge allergrößte Mühe gibt. So wurde z. B. im Anbaujahr 1932 der erste Tabak am Montag, den 2. Mai, auf der Mogauischen Gutshausverwaltung Rillenhof a. R. geerntet. Die eintretenden Niedererträge haben die Arbeit leider unterbrochen, sonst wäre heute das immerhin große Areal von nahezu 6 Hektar reiflos bepflanzt. Aber auch in anderen Tabakbauvereinen, wie Allmannsweiler, Büchenau, Müchig, Planckstadt, Eggenstein u. a. ist schon mit dem Auspflanzen des Tabaks begonnen worden.

Mühlen Franck

die gute Kaffeewürze verbilligt und verbessert jede Art von Kaffee



Die Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes findet in diesem Jahre am 25. und 26. Juni in Eberbach statt.

Die Landesversammlung des Verbandes selbständiger badischer Schmiedemeister fand in Karlsruhe statt, wobei die Karlsruher Schmiedemeister ihr 50jähriges Bestehen durch ein Bankett feierten. Den Verhandlungen wohnten auch Vertreter der Ministerien des Innern und des Unterrichts, des Landesgewerbeamts, der Handwerkskammer Karlsruhe, der Landwirtschaftskammer, der gewerblichen Spitzenverbände und Fachorganisationen bei. Syndikus Eberhardt, Freiburg, behandelte in seinem Geschäftsbericht insbesondere die Preisfrage, wobei er der Erwartung Ausdruck verlieh, daß der Staat seine Aufgabe auf diesem Gebiete dem freien Wettbewerb überlasse, sobald geregelte Verhältnisse wiederhergestellt seien. Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn sei für Baden leider sehr wenig herausgekommen. Man schein die Not des Grenzlandes vergessen zu haben. Ein Antrag Mannheim auf Erhöhung der Gesellenseit von drei auf fünf Jahre soll beim badischen Handwerksammertag unterbreitet werden. Nachdrücklich verlangt wurde eine Hilfe des Reiches für die Berufsangehörigen zum Zweck der Erleichterung der Beitragslasten, ferner in erster Linie Berücksichtigung der heimischen Handwerks und Gewerbes bei Auftragsverteilung. Da der bisherige Landesvorsitzende, Liebher, Fahr, eine Wiederwahl ablehnte, wurde der Obermeister Seit von der Karlsruher Schmiedemeister zum Landesvorsitzenden gewählt.

Badener, helft mit zur Kindererholung!

Wenn irgend jemand in unserm Volke unschuldigerweise unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu leiden hat, so sind es die Kinder, so ist es der junge Nachwuchs, auf dem unser aller Hoffnungen auf eine bessere Zeit ruhen. Diese Kinder wissen um die Sorgen in den Familien und gar oft werden sie das Sorgenvolle nur allzusehr zu fühlen bekommen.

Die Kindererholung 1932 hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Kindern zu helfen. Die Kinder sollen wenigstens für einige Wochen aus den bedrängten Familien herausgenommen werden, damit sie in dieser Zeit wieder einmal ungebrochenen Frohsinn und Lebensmut zu erleben vermögen. Die Kinder sollen in dieser Zeit frohe Kinder unter frohen Kindern sein. Die Kinder sollen aber nicht nur selber froh und gesund werden, sie sollen das Frohe vor allem auch in die Familien hineinbringen. Ein frohes Kind ist immer ein Sonnenstrahl in der Familie, an dem sich die Sorgen der Älteren zu brechen vermögen. — Und diese frohen Kinder soll die Kindererholung 1932 schaffen helfen. Sie wird, wie schon des öfteren geschrieben, vornehmlich durch die große Gemeinschafts-Lotterie „Wir wollen helfen!“ finanziert. Diese badische Lotterie hilft badischen Kindern.

Viele tausend Helfer mühen sich schon um das Gelingen des Verkaufs der gelbten 50-Rpf.-Loose. Viele aber, die zu helfen vermöchten, stehen leider noch abseits, haben es immer noch nicht begriffen, daß es mit den Kindern um unserer Heimat Zukunft geht. Die 650 000 Lose der Lotterie sind aber nur dann zu verkaufen, wenn alle, die es mit den Kindern gut meinen, mithelfen. Dann wird die Lotterie am 15. Juni 1932 ausverkauft sein und dann kann den Kindern im Volke geholfen werden. Es sollte für jeden guten Badener Ehrensache sein, einige der gelbten Lose zu besitzen.

Die badischen Kinder brauchen die Kindererholung 1932. Die Not unter den Kindern ist wahrhaft groß. Sorgen wir bitte alle dafür, daß die Lotterie „Wir wollen helfen!“ ein ganzer Erfolg wird. Ein solcher Glückskinderlose in guter Mischung schickt auf Verlangen an jedermann die Landesgeschäftsstelle der Badischen Rotgemeinschaft, Karlsruhe, Friedrichsplatz 7, Postfachkonto Karlsruhe 814.

Gemeinderundschau

Die neue badische Stadtratswahl bei Godesheim wird am Sonntag, den 29. Mai, mit einem großen Eröffnungsrennen und Austrag der deutschen Radmeisterschaft in Betrieb genommen. An dem im Wald gelegenen Stadtratsdick 6,5 bis 7 Meter breiten Rennstrecke sind zur Zeit an 400 Erwerbslose beschäftigt, um die Rennbahn allen Anforderungen entsprechend herzustellen. Die Landesgruppe Südbadens des DMR wird am Sonntag mittags gegen 1 Uhr über den Süddeutschen Rundfunk eine Reportage vom Rennerlauf geben. Am verflohenen Sonntag waren trotz des ungünstigen Wetters an 5000 Schaulustige von nah und fern an der Rennbahnanlage erschienen.

Der Arbeitsmarkt im Bezirk Wiesloch hat in den letzten Wochen einen erfreulichen Aufschwung genommen. In der Zigarrenindustrie wurden wieder, wenn auch nur in geringer Zahl, Arbeitslose eingestellt. Die Zigarettenwerke des Bezirks haben ebenfalls in den letzten Wochen ihre Betriebe wieder aufgenommen. Nach der neuesten Statistik beträgt die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger 1052, Kriegenunterstützung erhalten insgesamt 1717.

Besucherzahlen in badischen Kur- und Fremdenorten. Baden-Baden zählte bis zum 12. Mai insgesamt 18 681 Kurgäste, darunter 1758 Ausländer. — Bad Dürkheim erhielt im Monat April 438 Neuankünfte von Gästen und 9613 Übernachtungen. Bis 1. Mai betrug die Zahl der angekommenen Gäste 1481 mit 36 298 Übernachtungen. — Freiburg i. Br. zählte im Monat April insgesamt 10 804 Fremde, darunter befanden sich 1028 Ausländer. — Badenweiler hätte schon in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten einen ganz befriedigenden, langsam ansteigenden Fremdenbesuch zur Kur und Erholung erhalten. Die Pfingsttage haben Badenweiler volle Besetzung gebracht. Auch der Ausflugsverkehr von der Schweiz und anderen Gegenden hat bereits rege eingesetzt.

Die ordentliche Kreisversammlung Lörach genehmigte den Voranschlag für 1932/33. Aber die finanzielle Seite des Voranschlags ist bereits berichtet worden. Mit Rücksicht auf die angespannte Finanzlage hatte daher der Kreisrat schon Ende des Vorjahres beschlossen, sämtliche Ausgaben für die freiwilligen Aufgaben des Kreises sowie den Aufwand für die Kreisstraßen- und Kreiswegunterhaltung um 20 Prozent zu kürzen. Der neue Voranschlag schließt bekanntlich in den Ausgaben mit 801 104 M. gegenüber 1 073 050 M. und in den Einnahmen mit 872 150 M. gegenüber 642 878 M. ab. Eine etwas größere Debatte entstand lediglich beim Kapitel Kreisstraßen. Sämtliche Neubauten und Hauptverbesserungen von Straßen müssen unterlassen werden. Der voranschlagsmäßige Überschuss der Kreispflegeanstalt Wiesloch und des Altersheims Rheinweiler sollen zur Schaffung eines Betriebsfonds Verwendung finden. Als Kreisvorsitzender für die restliche Amtsdauer des Kreisrats bis 1934 wurde an Stelle des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Bürgermeisters von Schopfheim Bürgermeister Dr. Graser, Lörach, mit 12 gegen 6 Stimmen, die auf Bürgermeister Dr. Kiefer, Schopfheim, fielen, gewählt.

Wohnungsmangel in Waldshut. Der starke Bevölkerungszuwachs, den Waldshut seit der Jahrhundertwende aufzuweisen hat — die Einwohnerzahl stieg von 3587 im Jahre 1900 auf 6342 im Jahre 1931 — hat einen empfindlichen Wohnungsmangel hervorgerufen. Trotzdem in der Zeit von 1913 bis 1930 von Privaten 235 Wohnungen, von der Stadt von 1918 bis 1930 116 Wohnungen und von Privaten seit Kriegsende 84 Wohnungen erstellt wurden, sind Ende Februar immer noch 322 Wohnungszweck vorhanden. Da durch die Kraftwerksbauten am Oberrhein, die Verkehrszunahme durch die neue Rheinbrücke neue Zuwanderung bringen dürften, so steht die Stadtverwaltung vor der brennenden Frage, wie sie trotz der schweren Finanzlage neue Wohnungen schaffen kann. Bei dem gegenwärtigen Überangebot an Holz, das nicht im In- und Auslande abgekehrt werden kann, wird der Bau billiger Holzhäuser erwogen.

Der Ludwigshafener Stadtrat lehnt sämtliche Dedungsanschläge ab. Der Stadtrat Ludwigshafen hatte sich am Donnerstag mit der Dedungsfrage für das infolge der großen Wohlfahrtslasten gewaltig gewachsene Staatsdefizit zu beschäftigen. Der Antrag der Stadtverwaltung, die Bürgersteuer auf 350 Proz. zu belassen, wurde abgelehnt. Angenommen dagegen wurde ein Antrag des Finanzausschusses, die Bürgersteuer in Höhe von 250 Proz. zu erheben. Abgelehnt wurde die Erhöhung der städtischen Gebühren, ebenso die Erhöhung der Schlachthofgebühren, ferner die Senkung der Wohlfahrtsbeiträge. Da sämtliche Dedungsvorschläge der Stadtverwaltung damit abgelehnt sind, beträgt der ungedeckte Fehlbetrag 4 513 530 M. Kommunalfische Anträge, die das Defizit um weitere 4 Mill. Reichsmark vergrößert hätten, wurden en bloc abgelehnt. Die Stadtverwaltung muß nun neue Dedungsvorschläge ausarbeiten.

Aus der Landeshauptstadt

Die Feriensonderzüge. Neben den Sommerurlaubstagen, die bei dem erholungsreisenden Publikum sich großen Interesses erfreuen, bleiben die Feriensonderzugarten bestehen. Die letzteren gelten auf der Einfahrt nach wie vor nur für Feriensonderzüge, die in Kürze allgemein bekanntgegeben werden und im allgemeinen nur noch zu Ferienbeginn verkehren. Zu Beginn der Ferien steht in dicht besiedelten Feriengebieten ein außerordentlich starker Abreiserverkehr ein. Viele und namentlich zusammengehörnde Kreise von Reisenden (Familien) werden sich gern der Vorteile, die die Feriensonderzüge bieten, bedienen. Auf Grund der Feriensonderzugarten wird den Reisenden im Feriensonderzug ein Platz gesichert, zusammengehörnde Reisende können im allgemeinen damit rechnen, zusammen in einem Abteil untergebracht zu werden. Auf Fahrten über weite Strecken wird dem Reisenden das lästige Umsteigen und Warten auf Anschlüsse erspart. Die Reisenden werden im Feriensonderzug mit der Reisedauer von Schnellzügen befördert und sind von der Zahlung von Ein- oder Schnellzugzuschlägen befreit. Die Rückfahrt kann innerhalb der Geltungsdauer der Feriensonderzugarten jederzeit angetreten werden. Die Feriensonderzugarten gestatten vielfach den Reisenden, außerhalb der Fahrt im Feriensonderzuge — namentlich auf der Rückreise — verschiedene Wege für ihre Fahrt zu wählen. Die Feriensonderzüge nehmen wie seither auf Unterwegsbahnhöfen ihres Laufs Feriensonderzugreisende auf, wenn diese auch in einem Feriengebiet nicht gelegen sind.

21. Deutscher Feuerwehrtag in Karlsruhe. Mit Rücksicht auf die derzeitige wirtschaftliche Notlage wurde der zeitliche Umfang des diesjährigen 21. Deutschen Feuerwehrtages in Karlsruhe auf nur vier Tage (5. bis 8. August) begrenzt. Am Freitag, den 5. August, vormittags 8 1/2 Uhr, wird die Tagung mit einer Ausstellung der einheimischen und auswärtigen Feuerwehreinrichtungen (mit einer historischen Abteilung) in der städtischen Ausstellungshalle eröffnet werden. Die Hauptversammlung der deutschen Feuerwehrlaute findet am Samstag, den 6. August, vorm. 9 Uhr in der städtischen Festhalle statt; mit ihr sind auch technische Referate verbunden. Der Haupttag, Sonntag, den 7. August, wird mit einer großen Schau- und Angriffsbühnung um 8 1/2 Uhr der örtlichen Wehren am Festhallegebäude (Strefemannplatz) eingeleitet werden. Anschließend gruppiert sich der Festzug aller Wehren, der sich um 11 Uhr in Bewegung setzen und eine Stunde lang durch die Straßen der Stadt bewegen wird. Nachmittags ab 3 Uhr veranstalten die auswärtigen Wehren weitere Übungen am Strefemannplatz, sodann folgen wieder Vorträge mit Lichtbildern und technische Vorführungen in der Festhalle. Der Sonntag wird mit einem Gartenfest im Stadtgarten ab 20 Uhr beschlossen. Am Dienstag, den 9. August, ist den Gästen noch Gelegenheit zu Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung nach besonderem Programm geboten.

Zuchthausstrafen für Räuber. Vor dem Schöffengericht Karlsruhe standen am Donnerstag die Eheleute Wilhelm Croati aus Singen a. S., der erheblich vorbestrafte Arbeiter Josef Bandel aus Singen a. S., und der Schlosser Friedrich Martin aus Reulshausen wegen schweren Raubs bzw. Beihilfe. Die Angeklagten Croati, Bandel und Martin drangen in der Nacht zum 6. Dezember in Baden-Baden in die Villa des Rentiers Hamel maskiert und mit Revolvern bewaffnet ein und raubten unter Bedrohung und Überwältigung der Eheleute Hamel und des zu Hilfe eilenden Chauffeurs etwa 800 RM. in bar, sowie eine goldene Uhr. Über die Verhaftung waren sie durch die Ehefrau Croati, die früher als Dienstmädchen in Stellung war, unterrichtet worden. Die Angeklagten gaben im großen und ganzen die Tat zu. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Hauptangeklagten Zuchthausstrafen von acht, sechs und fünf Jahren. Das Schöffengericht verurteilte Bandel zu fünf Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust, Wilhelm Croati zu drei Jahren Gefängnis und Martin zu vier Jahren Gefängnis, sowie je fünf Jahren Ehrverlust. Die Ehefrau Croati erhielt wegen Beihilfe sieben Monate Gefängnis.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Ein kontinentales Hochdruckgebiet beherrscht un verändert unsere Gegend. Die Temperaturen sind deshalb gestern wieder auf 26 Grad in der Ebene gestiegen. Im Schwarzwald bildeten sich nachmittags verschiedentlich Wärmegewitter. Eine wesentliche Änderung sieht auch für morgen nicht in Aussicht. Voraussage: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Der Rechnungsbericht von Rehl für 1930/31. Der Vorstand des städtischen Rechnungsamts hat dem Gemeinderat den Entwurf des Rechnungsjahresberichts 1930/31 vorgelegt. Danach ist das Rechnungsergebnis in Einnahmen 1 911 185 RM., in Ausgaben 1 930 257 RM. Der Voranschlag hatte 1 799 025 Reichsmark in Einnahmen und Ausgaben vorgesehen. Der Fehlbetrag beträgt 9072 RM., die aus dem Betriebsfond gedeckt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

18. Flehingen bei Eppingen, 19. Mai. Die Maitäferplage ist hier so groß, daß die Gemeindebehörde zu ihrer Bekämpfung eine Jagdprämie von 10 Pf. pro Liter aussetzte. Einige erwerbslose Bürger machten sich dies zunutze, um etwas zu verdienen, und sie konnten nicht weniger als 238 Liter tote Maitäfer abliefern.

19. Kenzlich, 19. Mai. In wenigen Tagen, am 5. Juni, feiert in dem bekannten Schwarzwaldfurtort Kenzlich Frau Katharina Schöpferle ihren 105. Geburtstag in recht gutem körperlichen und geistigen Zustande. Sie war die frühere Besitzerin des bekannten „Waldpeterhofes“ am Höhenweg zwischen Kenzlich und Schluchsee. Frau Schöpferle ist nicht nur die älteste Badnerin, sondern sie ist die älteste Frau in ganz Deutschland. Es klingt fast ungläublich, daß heute noch ein Mensch in unserer Mitte weilt, der als Vierjähriger Goethes Tod noch miterlebt hat.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	20. Mai		19. Mai	
	Wert	Preis	Wert	Preis
Amsterdam 100 G.	170,93	171,27	170,93	171,27
Kopenhagen 100 Kr.	84,42	84,58	84,52	84,68
Italien . . . 100 L.	21,66	21,70	21,67	21,71
London . . . 1 Pf.	15,43	15,47	15,45	15,49
New York . . . 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris . . . 100 Fr.	16,605	16,645	16,605	16,645
Schweiz . . . 100 Fr.	82,34	82,50	82,34	82,50
Wien 100 Schilling	51,95	52,05	51,95	52,05
Braun . . . 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485

Börsen und Geldmarkt

Nach der Pfingstruhe der Börsen eröffneten die Märkte wegen der innerpolitischen Unklarheiten und im Hinblick auf die komplizierte Lage im äußersten Osten sehr zurückhaltend, aber nicht schwächer. Das Geschäft kam nur schleppend in Gang. Da das Publikum im weiteren Verlauf wieder überwiegend Kauforders erteilt, kam ein besserer Grundton auf. Montanwerte waren ziemlich fest. Am Elektromarkt war die Haltung geteilt. Textilaktien, Kaliaktien, Banlantien, desgleichen Verkehrswerte waren allgemein begehrt. Am Rentenmarkt war die Tendenz nicht einheitlich. Altbesitz und Schuldbuchforderungen waren abgeschwächt, dagegen Industrieobligationen, Kreditsch. und Stadtschulden recht fest. Mit einer Geschäftsbelebung ist vor dem Abschluß der Kaufmänn. Konferenz nicht mehr zu rechnen.

Die Geldmarktfrage ist wieder erleichtert. Bemerkenswert ist, daß die Reichsbank im Ausland sehr fest lag. Vom Ausland her überwiegt seit einiger Zeit ständig die Nachfrage nach Reichsmark, da ein großer Teil der deutschen Ausfuhr in Reichsmark fakturiert wird. Ungerührt überwiegt im Inlande fast ständig die Devisennachfrage infolge der Begehrung von Importen und der Bekämpfung des Fiskus- und Tilgungsdienstes. Die Entlastung der Reichsbank ist noch nicht so günstig wie in den Vormonaten und wie im vorigen Jahr. Datin zeigt sich vielleicht doch eine kleine Saisonbelebung. Die RBB bezieht den Gesamtbetrag der internationalen kurzfristigen Verschuldung auf 50 Milliarden und weist darauf hin, daß sich die Erhöhung der Diskonirsätze als unwirksam gegenüber dem Abzug von Auslandsgeldern erwiesen habe.

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Berlin. Der Reichswirtschaftsminister hat die Satzung der Deutschen Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Berlin, genehmigt. Die Bankanstalt, die bisher eine selbstständige Einrichtung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes gewesen ist, hat damit eigene Rechtsfähigkeit erlangt und ist gleichzeitig unter die Aufsicht der Reichsregierung getreten.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statistische Abteilung) vom 18. Mai 1932, beträgt der Londoner Goldpreis am 18. Mai 1932 für eine Unze Feingold 113 sh 2 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mitteltkurs für ein englisches Pfund vom 18. Mai 1932 mit 15,43 RM, umgerechnet 87,3081 RM., für ein Gramm Feingold demnach 43,6607 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,80702 RM.

Getreidehandelsstag in Mannheim. Mannheims Produzentenbörse veranstaltet am Donnerstag, den 2. Juni 1932, in sämtlichen Räumen der Mannheimer Börse anlässlich der 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft einen Getreidehandelsstag. Zweck dieses Getreidehandelsstages soll sein, den am Getreideverkehr nach dem Oberrhein beteiligten Kreisen eine Möglichkeit zur Aussprache, zur Anknüpfung und zum Ausbau von Beziehungen zu bieten. Am Vorabend (1. Juni) findet im Friedrichsplatz ein Begrüßungsabend statt. Für Freitag (3. Juni) ist eine Saferunbfahrt und die Besichtigung von Mannheim-Ludwigshafener Großmühlwerke vorgesehen.

Berlin-Karlshof Industriewerke AG in Berlin. In der am heutigen 20. Mai stattfindenden Bilanzsitzung des Aufsichtsrats soll neben der Feststellung des Abschusses für 1930 auch über die Einziehung eigener Aktien entschieden werden. Wie es heißt, wird das Ausmaß der Kapitalherabsetzung 12 Mill. Reichsmark betragen, um welchen Betrag sich das gegenwärtig 30 Mill. Reichsmark betragende Kapital ermäßigen wird. Der daraus sich ergebende Buchgewinn soll zur Bilanzbereinigung Verwendung finden. Im Vorjahr wurde der Jahresreingewinn von 188 284 RM. zusammen mit dem Gewinnvortrag aus 1929 von 1 878 354 RM., insgesamt also 2 066 638 RM., vorgezogen. In der Bilanzsitzung werden auch die Verhältnisse bei der Tochtergesellschaft, der Kaiserwerke AG, zur Sprache kommen.

Burbach-Sanierung 2:1. In der in Berlin abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Burbach-Kalkwerke AG, wurden die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Auflösung der Hauptverwaltung des Burbach-Konzerns G.m.b.H. erörtert. Es wurde beschlossen, unter Einziehung der im Besitz der Hauptverwaltung befindlichen 30 Mill. Reichsmark eigener Aktien und unter Zusammenlegung des freien Aktienkapitals im Verhältnis von 2:1 ein endgültiges Aktienkapital von 20 Mill. Reichsmark zu schaffen. Auf diese Weise stehen außer dem Gewinnvortrag von 1,16 Mill. Reichsmark und dem Gewinn aus 1931 mit 5,07 Mill. Reichsmark, sowie dem Reservefonds mit 12,88 Mill. Reichsmark, also insgesamt 30 Mill. Reichsmark zur Verfügung, um den Buchverlust von rund 23 Mill. Reichsmark auszugleichen und darüber hinaus noch rund 10 Mill. Reichsmark zu außerordentlichen Abschreibungen zu verwenden. Die Generalversammlung findet Ende Juni statt.

Die Deutsche Bündwarenmonopolgesellschaft, die seinerzeit im Zusammenhang mit der Kreuzer-Anleihe des Reiches und unter Mitwirkung des Schwebendetrusts gegründet worden ist, hat sich in voller Unabhängigkeit sehr erfreulich entwickelt. Dem Reich ist für das Geschäftsjahr 1931 eine Umsatz- und Gewinnbeteiligung von rund 8,1 Mill. Reichsmark zugeflossen. Die Prozente Dividende an die Aktionäre erfordert 80 000 Reichsmark. Außerdem kann der gesetzliche Reservefonds durch Zuführung von 43 000 RM. auf 10 Proz. des Aktienkapitals, also 100 000 RM., aufgefüllt werden. Dieses günstige Ergebnis ist in erster Linie auf die Absatzsteigerung zurückzuführen, die es der Monopolverwaltung ermöglichte, die anfangs stark gedrosselte Produktion der angeschlossenen Fabriken allmählich auf einen annähernd normalen Stand zu erheben. Der Absatz dürfte sich 1931 auf 166 000 Tonnisten belaufen haben, während in dem vorigen, sieben Monate umfassenden Geschäftsjahr nur rund 57 000 Tonnisten verkauft wurden. Die Absatzsteigerung ist auf die fortwährenden Auswirkungen des gesetzlichen Monopols zurückzuführen. Die vor Einführung des deutschen Bündholzmonopols Mitte 1930 gefüllten Lager an russischen Bündholzfässern sind jetzt geräumt. Weitere Einfuhr ist verboten, so daß der gesamte Bedarf des deutschen Marktes nunmehr der Monopolgesellschaft zugute kommt. Erwähnung verdient noch der objektive Nachruf, den der Aufsichtsrat seinem stellvertretenden Vorsitzenden, Ivar Kreuzer, widmet. Es wird lobend festgestellt, daß Kreuzer gemeinsam mit den deutschen Verwaltungsmittgliedern an der Gründung der deutschen Bündholzindustrie gearbeitet hat und ein fluger Berater und Helfer beim Aufbau der Monopolgesellschaft gewesen ist.

50=Rpf.=Rose „Wir wollen helfen!“ bringen Glück und schaffen frohe Kinderherzen!

Rose erhältlich bei: Lotteriebant Götz, Warenhaus Knopf, Kaufhaus Schöner u. allen Ladgeschäften

Öffentliche Verbands-Spartasse Gengenbach

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kassenbestand	13 570,41	1. Spareinlagen	1 503 292,95
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-scheine	10 312,41	2. Aufwertungs-spareinlagen	543 882,12
3. Wertpapiere	8 353,71	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	116 252,84
4. Wechsel	43 870,61	4. Anlehens- und andere Schulden	253 714,02
5. Darlehen a. Hypotheken	1 078 547,93	5. Ausgaberrückstände	705,26
6. Kontokorrentkredite	510 382,79	6. Gesehliche Rücklagen	99 694,35
7. Grundstückskaufgelder	7 000,—	7. Sonderrücklage	2 742,49
8. Darlehen a. Schuldschein	126 385,31	8. Reingehört vom Jahre 1931	15 605,01
9. Darlehen a. Gemeinden	117 856,29		
10. Einlage b. Giroverband	41 000,—		
11. Aufwertungs-forderung	295 794,51		
12. Aufwertungs-verrechnungsfonto	197 875,48		
13. Einnahmerückstände	29 545,17		
14. Grundstücke u. Gebäude	55 391,02		
15. Gerätschaften	1,—		
	2 535 889,64		2 535 889,64

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 2 163 437,91 RM . . . = 108 171,35 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres . . . = 115 299,36 RM
 Somit mehr . . . = 7 128,01 RM

Gengenbach, den 11. Februar 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: R a d.

Der Geschäftsleiter: B r a u n.

Öffentliche Verbands-Spartasse Stodach

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kassenbestand	18 483,56	1. Spareinlagen	3 363 261,11
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-scheine	64 307,67	2. Aufwertungs-spareinlagen	1 010 295,93
3. Wertpapiere	105 350,—	3. Giroeinlagen	173 846,74
4. Wechsel	30 357,56	4. Kontokorrentguthaben	5 593,12
5. Darlehen a. Hypotheken	2 432 090,—	5. Anlehens- und andere Schulden	25 000,—
6. Grundstückskaufgelder	194 184,45	6. Ausgaberrückstände	—,—
7. Darlehen in laufender Rechnung an Privats	298 180,44	7. Rücklagen:	
8. Darlehen a. Schuldschein	249 668,46	a) gesetzl. Reservefonds	165 300,19
9. Darlehen an Gemein-den und Körperschaften	597 773,14	b) Sonderrücklage	62 344,35
10. Aufwertungs-forderung	458 915,63	8. Reingehört vom Jahre 1931	49 242,60
11. Sonstige Anlagen	3 909,15		
12. Zuschußforderung an die bürgerlichen Gemeinden aus Aufwertung	361 639,89		
13. Einnahmerückstände	36 022,09		
14. Verwaltungsgebäude	1,—		
15. Sonstige Grundstücke	4 000,—		
16. Gerätschaften	1,—		
	4 854 884,04		4 854 884,04

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 4 373 557,04 RM Einlagen . . . = 218 677,35 RM
 Das Reinerlösmögen beträgt auf Schluß des Jahres 1931 276 887,14 RM
 Somit mehr . . . = 58 209,29 RM

Stodach, den 18. Mai 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: R a n g.

Der Geschäftsleiter: S o r g.

Druck G. Braun, Karlsruhe